

Staudinger: Fakten auf den Tisch

Stadtverordnete fordern einmütig Raumordnungsverfahren für 1,2 Milliarden-Projekt

Hanau (rb). Einmütigkeit in der Stadtverordnetenversammlung: Die Fraktionen sind beim Thema Staudinger-Ausbau in ihrer jüngsten Sitzung der Magistratslinie gefolgt. Demnach sollen ein Raumordnungsverfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekt durchgeführt werden.

Über dieses Ansinnen müssen die Landesbehörden entscheiden. Generell lehnt Hanau den Ausbau des zum E.ON-Konzern gehörenden Kraftwerks in Großkrotzenburg in der vorgesehenen Form ab. Gegenwind kam in den letzten Wochen bereits von Umweltschutzverbänden und einzelnen Fraktionen, so etwa im Ortsbeirat Großauheim. E.ON hatte die Pläne für den Block 6 im Januar präsentiert. Der Stromkonzern geht von Investitionskosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aus. Nach seinen Planungen soll der Block 6 im Jahr 2012 in Betrieb genommen werden.

Neben dem Raumordnungsverfahren fordern die Hanauer Gremien, dass der Kraftwerksbetreiber nach den Vorgaben des Regionalplanes Südhessen 2000 nachweisen müsse, dass sich durch die Erweiterung ökologische Verbesserungen ergeben. Der Ausstoß an Kohlendioxid, Stickoxiden und Staub müsse deutlich geringer sein als bisher.

Der Stadtverordnete Christoph Göbel (CDU) untermauerte die Forderung nach einem Raumordnungsverfahren. Schließlich gehe man von einer Laufzeit des neuen Blocks von mindestens 40 Jahren aus. Norbert Müller (SPD) schloss sich den Ausführungen an. Seine Fraktion lehne das Projekt in der vorgelegten Form ab. Darüber hinaus forderte sei ein Baustopp für den Kohlebunker erforderlich. Als „Mahnmal für Energieverschwendung“ bezeichnete Angelika Gunkel (Grüne) den Energielieferanten. Hanau gehe den richtigen Weg, die

Erweiterung kritisch unter die Lupe zu nehmen. Schließlich sei die Stadt Mitglied des Klima-Bündnisses. Durch das Raumordnungsverfahren sei der Betreiber gezwungen, sämtliche Fakten auf den Tisch zu legen. Jochen Dohn (Linkspartei) sieht durch den Bau der Anlage vor allem Auswirkungen auf das Kleinklima für die Nachbarkommunen. Sinnvoller wäre es seiner Meinung nach, erneuerbare Energie oder Wärme-Kraft-Koppelung zum Zuge kommen zu lassen. Bedenklich sei auch der Bau der Anlage im Überschwemmungsgebiet.

Aus Sicht der Stadt werde die Stromproduktion durch den neuen Block nahezu verdoppelt. Unter diesen Bedingungen werde der Schadstoffausstoß zwangsläufig ansteigen. Auch E.ON sei aufgefordert, die Produktion von Kohlendioxid herunterzufahren, heißt es in der von den Fraktionen beschlossenen Vorlage.